

A2 Die großen Plattformen und ihre Nutzung regulieren!

Antragsteller*in: Hermann Kuhn

Tagesordnungspunkt: 4 Anträge

Antragstext

- 1 Die Entwicklung des Internets, u.a. in der Organisationsform der „sozialen
2 Medien“, hat es grundsätzlich möglich gemacht, dass heute jeder und jede selbst
3 das Wort ergreifen und Gehör finden kann – ein großer Schub für die Möglichkeit
4 demokratischer Teilhabe und freier Kommunikation. Tatsächlich aber bestimmen
5 heute wenige international organisierte Plattformen die Regeln, wessen Worte
6 wann, wie und bei wem ankommen. Sie haben inzwischen die digitale Ökonomie
7 weitgehend monopolisiert, auch den Werbemarkt.
- 8 Diese Plattformen vermitteln nicht nur Informationen und Meinungen, sondern sie
9 machen Meinungen, verdeckt oder offen, auch für partikulare Interessen – nicht
10 immer so offensichtlich wie zuletzt Elon Musk mit X. Sie unterliegen aber bisher
11 nicht den gleichen Regeln wie Presse, Rundfunk und Fernsehen.
- 12 Die „sozialen Medien“ geben polarisierenden und radikalierenden Meinungen
13 Raum, ja fördern sie mit den sie steuernden Algorithmen, sind ungestört voll von
14 Hass, Hetze und Häme, mit Wirkung. Sie sind zunehmend eine Gefahr für den
15 öffentlichen Diskurs, destabilisieren unsere Demokratie. Ihre Übermacht muss
16 gebrochen werden. Die EU-Regeln des Digitale-Dienste-Gesetzes (DSA) und
17 Digitale-Märkte-Gesetze (DMA) haben dabei Grundlagen geschaffen, jetzt geht es
18 um die Umsetzung, Durchsetzung und Weiterentwicklung.
- 19 Gleichzeitig wird immer deutlicher, dass die Macht der Plattformen und ihrer
20 Nutzung vor allem für junge Menschen gefährlich werden kann, deren
21 Lernfähigkeit, Kompetenzen und Haltungen sich erst ausbilden und daher massiver
22 Einwirkung von außen durch intensive Nutzung „sozialer Medien“ noch mehr
23 ausgesetzt sind. Gegenwärtig werden dagegen Maßnahmen wie Altersbegrenzungen für
24 bestimmte „soziale Medien“ oder lokale und temporäre Nutzungsverbote (Schulen)
25 diskutiert und auch teilweise umgesetzt.
- 26 Die Grünen müssen auf diese Herausforderungen Antworten formulieren, im Diskurs
27 mit Fachleuten und Engagierten, für alle politischen Ebenen bis zur lokalen
28 Schulpolitik. Die Bremer Grünen wollen dazu beitragen.
- 29 Die Landesmitgliederversammlung fordert Landesvorstand und Bürgerschaftsfraktion
30 auf, bis zum Sommer 2025 öffentliche Beratungen zu organisieren zu den Fragen:
- 31 – Wie kann erreicht werden, dass auch die großen Plattformen der „sozialen
32 Medien“ als Medien reguliert werden und wie ihr faktisches Meinungs-Oligopol
33 begrenzt werden kann, um die Gefahren für die demokratische Öffentlichkeit
34 abzuwenden? Mit welchen Regelungen, wie können solche Regelungen durchgesetzt
35 werden?
- 36 – Wie können sinnvolle Begrenzungen der Nutzung „sozialer Medien“ aussehen, bei
37 den Angeboten und in Lernsituationen wie der Schule, die die schädlichen
38 Einflüsse des Medienkonsums bei Kindern und jungen Menschen begrenzen?
- 39 – Wie ist darüber hinaus die Förderung von „Medienkompetenz“ vor allem junger
40 Menschen zu organisieren?

Begründung

Begründung im Vorspann des Antrags

Unterstützer*innen

Carsten Bauer (KV Nordost); Hilke Brockmann (KV Nordost); Daniel Buscher (KV MÖV); Günther Dey (KV Nordost); Martin Hagen (KV West); Moritz Holtappels (KV MÖV); Joachim Larisch (KV MÖV); Anke Sabetzki (KV Nordost); Dorothea Staiger (KV Nord); Dietmar Strehl (KV Nord); Maya Trapp (KV MÖV); Stefan Trapp (KV MÖV); Helga Trüpel (KV MÖV); Rita Zobotke (KV MÖV); Frank Schmidtsdorff (KV Bremen-Nord); Robert Bücking (KV MÖV); David Mohr (KV Bremen Links der Weser (LdW)); Roxana Milokost (LV Bremen)